

Der Armen überdrüssig

SPIEGEL-Reporter Carlos Widmann über die Demontage des amerikanischen Sozialstaats



FOTOS: S. SHERBELL/SABA

Kindergeldempfängerin Boyd: Hier herrscht kein Hunger, nur Trägheit und Stumpfsinn

Laetticia Boyd lebt immer im Halbdunkel. Auch morgens, wenn eine Brise über das dampfende Delta streicht und die Sonnenglut noch von milchigen Schleiern gebremst wird. Die junge Mutter ist es nicht mehr gewöhnt, ihre Blicke länger als eine Minute vom Fernseher zu lösen. Das Gerät kreischt, krakeelt und knattert ohne Unterlaß, während Laetticia telefoniert und ihr stilles Baby füttert.

Das Gesicht der drallen 19jährigen ist keine zwei Meter vom Bildschirm entfernt, der Tag und Nacht den Mittelpunkt ihres Haushalts bildet. Mit gespreizten Beinen und angezogenen Knien liegt sie davor auf der Matratze, gestützt auf ihre Ellbogen, und gibt mit der Linken dem Kleinsten die Flasche. Gefragt, wie viele Leute in ihrem Haus wohnen, legt Laetticia den Telefonhörer auf den nackten Oberschenkel, zählt langsam mit fünf Fingern, die nicht ausreichen, und lacht dann achselzuckend.

Ländliches Idyll in Jonesville, Mississippi. Die Ortschaft von 1250 Einwohnern, zwischen Baumwollfeldern in einer Schleife des braunen Ol' Man River gelegen, besteht aus einem halben Dutzend Asphaltstraßen, die unter Granatenbeschuß gelitten zu haben scheinen. Die Bevölkerung haust in ein paar hun-

dert windschiefen, verkommenen Bretterbuden, die umgeben sind von ausgeweideten Autokadavern, überwachsenem Gerümpel und fauligem Müll.

An Holzveranden, die vor Jahrzehnten einmal weiß gestrichen waren, flattern rostzerfressene Fliegengitter: unter Palmen ein Stimmungsbild wie aus der Dritten Welt. Vieles hier erinnert an Bananenrepubliken, an Elendsfälle wie Haiti oder Sri Lanka. Nur scheint auf den Armutinseln des tiefen Südens der USA jene Energie der Verzweiflung zu fehlen, die sonst bei den Verdammten dieser Erde spürbar ist. In Jonesville herrscht kein Hunger, nur Trägheit, Stumpfsinn, Lethargie.

Nathan Harris braucht seine Finger nicht, um den unsteten Haushalt der Laetticia Boyd aufzuschlüsseln. Der pensionierte Armeesoldat, der im Nachkriegsdeutschland noch die Berliner Luftbrücke miterlebt hat, dient in Coahoma County als Sozialarbeiter und kennt Jonesville besser als die Einheimischen. Zwischen sechs und neun Personen leben, so Harris, in dem abgedunkelten Haus:

Sie leben vom Kindergeld der dreifachen Mutter Laetticia; von staatlichen Lebensmittel-Coupons; von gelegentlichen Putzfrauenjobs in den Spielkasinos

der Route 61; vom Geld, das die Boyfriends manchmal nach Hause bringen; sowie von den Einnahmen eines bärtigen Stiefvaters, „The Reverend“, der an Sonntagen mit würdig versoffener Stimme erbauliche Predigten hält.

„Zweimal im Monat, wenn der Postbote mit den Schecks der Fürsorge kommt, wird Jonesville zur Geisterstadt“, berichtet Harris trocken. „Dann ist die Bevölkerung geschlossen in Clarksdale, beim Shopping.“

Auch Nathans Vorgesetzter Joseph Richardson, der sich in Coahoma County um die Saisonarbeiter kümmert, hat eine etwas ungnädige Optik: „Die Männer verschwinden oft nur zum Schein, damit die Frauen als alleinstehende Mütter kassieren können. Beim Ausgeben des Kindergelds sind sie dann wieder dabei, diese Gentle-

men.“ Was könne man schon erwarten, wenn es selbst in den Dörfern Drogen gibt, nicht zu reden von Trunksucht und Arbeitsscheu.

Könnte es sein, daß der weiße Mann in einem Südstaat wie Mississippi auch heute noch aus seinen alten Vorurteilen keinen Hehl macht? Das könnte schon sein, nur sind Nathan Harris und Joseph Richardson – wie fast alle Sozialarbeiter hier – keine Weißen, sondern amerikanische Bürger schwarzer Hautfarbe. Die ungeschminkte Darstellung der Verhältnisse in Gemeinden wie Jonesville fällt ihnen nicht leicht. Sie wissen sehr wohl, daß ihre Auskünfte einem weitverbreiteten Klischee entsprechen.

Einem gefährlichen Klischee obendrein, denn es beherrscht – unausgesprochen – in Washington die Debatte über die Reform des Wohlfahrtsstaates. Wenn Senat und Repräsentantenhaus, von Konservativen straff geführt, demnächst ihre drakonischen Gesetzentwürfe verschmelzen – und Bill Clinton nicht den Willen aufbringt, ihnen durch sein Veto Einhalt zu gebieten –, dann setzt in Amerika eine radikale Rückwärtswende ein: Der 60 Jahre alte Rechtsanspruch auf Fürsorge wird abgeschafft, der schwach entwickelte Sozialstaat demonstriert.



Unterkunft von Sozialhilfeempfängern in Mississippi: Trunksucht und Drogen selbst auf den Dörfern

Die Nation will es offenbar nicht anders. Vor 30 Jahren hatte sie sich noch mitreißen lassen von der Parole ihres Präsidenten Lyndon Johnson, der einen „Krieg gegen die Armut“ ausrief. Höchstens ein Scharmützel wurde daraus, denn das nötige Geld ging für einen richtigen Krieg drauf, in Vietnam; die Armut indessen hat die halbherzige Attacke Johnsons damals locker überstanden. Heute leuchtet vielen Amerikanern eher schon ein Feldzug ein, der nicht gegen die Armut geführt wird, sondern gegen die Armen.

Die haben ein Imageproblem. Spätestens seit der Präsidentschaft Ronald Reagans geistert durchs kollektive Bewußtsein der US-Bürger ein Phantom-

Die Armutsgrenze

zieht die US-Regierung für einen Vier-Personen-Haushalt bei einem Jahreseinkommen von unter 15 142 Dollar. Unter dieser Schwelle leben ein Drittel der Schwarzen und über zehn Prozent aller Weißen, insgesamt rund 40 Millionen Amerikaner. Nun soll vor allem die staatliche Hilfe für Alleinstehende, zwischen 1970 und 1994 bereits um ein Drittel gekürzt, weiter beschnitten werden. In diesem Monat will die republikanische Kongreßmehrheit ein entsprechendes Gesetz durchsetzen.

bild, das von konservativen Politikern, Kolumnisten und Fernsehunterhaltern immer wieder beschworen wird: die Vision von der mehrfachen Mutter und Wohlfahrtskönigin, die bei der Bank mit dem Cadillac vorfährt, um lachend ihre Fürsorge-Schecks hinzublättern.

Reagans fixe Idee von der parasitären „welfare queen“ hat im Amerika der achtziger Jahre das stille Ressentiment gegen die Sozialhilfeempfänger (und gegen die Unterklasse überhaupt) gesellschaftsfähig gemacht. In dem Zerrbild spiegelte sich freilich eine Wirklichkeit, die jedem Amerikaner vertraut war. Das dumpfe Gefühl des Steuerzahlers, von einer schmarotzenden Minderheit mißbraucht zu werden, wurde beson-



Obdachloser in Louisiana: Kaum noch trockene Plätze unter den Brücken



Alleinstehende Mütter: Beim Ausgeben des Kindergelds sind die Väter dabei

ders unter den weißen Facharbeitern und im breiten unteren Mittelstand virulent.

Eine tiefere Ursache für diese Stimmung muß aber auch im relativen wirtschaftlichen Niedergang der Vereinigten Staaten zu suchen sein, der seit den siebziger Jahren zu beobachten ist. In seinem vielbeachteten Buch „Das Ende des Wohlstands“ gibt der Wirtschaftsjournalist Jeffrey Madrick einige Gründe dafür an, warum die meisten Amerikaner heute weniger gut gestellt sind als noch vor einem Vierteljahrhundert.

Über hundert Jahre lang, vom Ende des amerikanischen Bürgerkriegs bis in die Ära Nixon hinein, ist die US-Wirtschaft (abzüglich Inflation) im Durchschnitt um 3,4 Prozent im Jahr gewachsen. Kein anderes Land der Welt hat solch einen kontinuierlichen Aufschwung erlebt. Selbst die Große Depression der dreißiger Jahre hat in dieser Erfolgskurve nur eine mäßige Delle hinterlassen.

Erst seit 1973 verläuft die Entwicklung der amerikanischen Wirtschaft anders: Sie wuchs im Jahresdurchschnitt nur noch um 2,3 Prozent. Die Einbußen, die Amerika durch das gedrosselte Wachstum entstanden sind, werden von Madrick auf zwölf Billionen Dollar (etwa 18 000 Milliarden Mark) geschätzt. Von dieser Unsumme könnte sich heute jeder amerikanische Hausbesitzer ein

zweites Eigenheim bauen; auch wären sämtliche Schulden aller derzeit lebenden US-Bürger damit auf einen Schlag zu begleichen.

Es war aber nicht allein das Abflachen des gewohnten Wachstumstempos, das den unteren Mittelstand und breite Arbeiterschichten belastete. Die Folgen wurden, besonders in den zwölf Jahren der Ära Reagan/Bush, bevorzugt dem Mann auf der Straße aufgebürdet, des-



Sozialamt in Los Angeles: Teufelskreis der Abhängigkeit

sen Realeinkommen sich verringerte – indes die Reichen, in jedem Wortsinn ungeniert, noch reicher werden durften. Daß dennoch, bei der Suche nach einem Sündenbock, die vom Staat karg alimentierte Unterklasse ins Visier geriet, ist nicht verwunderlich – Bedürftige trifft man überall, und sie bieten selten einen erhebenden Anblick.

Es sind ja nicht nur die Ghettos der Millionenstädte mit ihrem schwarzen, weißen und hispanischen Lumpenproletariat und der ausufernden Kriminalität, die das Erscheinungsbild der Unterklasse verdüstern. Auch Amerikas ländliche Armut läßt jede Romantik vermissen. Zwar gibt das Grün subtropischer Wald- und Wiesen-Pracht entlang der Route 61 dem tiefen Süden oft eine paradiesische Leuchtkraft; doch wer zwischen Memphis in Tennessee und Lafayette in Louisiana die Menschen im „sozialen Netz“ besichtigen will, muß auf ein trostloses Panorama gefaßt sein.

Die Hautfarbe macht da wenig Unterschied. Ob „poor white“ oder schwarz – auf diesen Inseln der Armut verlieren die Rassenunterschiede an Bedeutung, werden sich Menschen verschiedener Herkunft in Habitus und Lebensstil immer ähnlicher. Es gehört zu den bitteren Sarkasmen des Elends, daß die amerikanischen Armen schon wegen ihres Leibesumfangs in Ländern der Dritten Welt für reiche Leute gehalten würden. Fettleibigkeit gehört in den USA vielfach schon zu den Verelendungsmerkmalen: Im Archipel der Verwahrlosung wirken die Bedürftigen übergewichtig, aufgedunsen vom billigen und cholesterinrträchtigen „junk food“, das massenhaft mit den Lebensmittel-Coupons der Sozialhilfe gekauft und von der Unterklasse aller Hautschattierungen konsumiert wird.

Je ähnlicher sich die Armen werden, desto geringer wird die rassische Solidarität zwischen der jeweiligen Mittelklasse und ihrem Subproletariat. Propere weiße Farmer im Marschland Louisianas betrachten das „weiße Gesocks“ („white trash“) an den Flußarmen des Mississippi wie eine fremde Ethnie – indessen es bei den eleganten schwarzen Yuppies von New Orleans zum guten Umgangston gehört, die Ghetto-Bewohner der eigenen Rasse mit einem für Weiße verbotenen Igittwort zu bezeichnen: als „nigger“.

„Egal ob schwarz oder weiß, ich betreue viele Familien, die schon in dritter oder vierter Generation von der öffentlichen Wohlfahrt leben“, erzählt Meceal Hébert in der Sozialhelferkantine von Lafayette. Wie im Gefängnisjargon werden diejenigen, die schon als Kinder ins System hineinwachsen, „lifers“ genannt: Lebenslängliche. „Und davon gibt es in Louisiana Zehntausende, die gar keine andere Existenzform kennen.“ Aber ist das

FOTOS: S. SHERBELL / SABA

nicht unamerikanisch, haftet es dem Sozialhilfeempfänger nicht als Makel an, dauernd „on welfare“ zu leben? Die drei schwangeren Mädchen, die in einem riesigen ausrangierten Wohnwagen beim Dörfchen Ebenezer hausen, sind in dem Punkt nicht empfindlich. Sie beziehen ihre Selbstachtung ausschließlich von der Mutterrolle. „Ah'm takin' goo' care of mah kids“, sagt trotzig die 18jährige LaDonna Washington, die ihr drittes Kind erwartet: „Ich Sorge für meine Kinder, ich tue etwas für sie, ich widme ihnen meine ganze Zeit. Gibt es auf der Welt etwas Besseres für ein Baby?“

Schwangerschaft bei Teenagern sorgt am sichersten für die Vermehrung und den Fortbestand der Unterklasse. Das ist in den sumpfigen Bayous des unteren Mississippi nicht anders als in den Mietskasernen des sozialen Wohnungsbaus der Millionenstädte. „Welfare pregnancy“ jedoch, also das Kinderkriegen als Erwerbsquelle – was die Republikaner im Brustton moralischer Empörung den jungen Sozialfällen unterstellen –, spielt dabei kaum eine Rolle.

„Sie kriegen Kinder, weil sie früh bumsen und nichts von Verhütung wissen, weil sie stolz auf ihre Bäuche sind und ihre Freunde beeindrucken wollen

und weil Abtreibung verteufelt wird“, sagt Richard Lucito vom Sozialdienst Louisianas. „Der Gedanke an Fürsorgechecks kommt diesen Mädchen nicht in den Sinn, schon gar nicht beim ersten Baby.“

Doch bald danach setzt sich fast zwangsläufig der Teufelskreis der Abhängigkeit in Bewegung: kein High-School-Abschluß, weil weder eine hilfsbereite Großmutter noch eine Kindertagesstätte den weiteren Schulbesuch er-

„Die Millionäre feiern das Zertrampeln der Armen“

möglichen; danach, und aus dem gleichen Grunde, keine bezahlte Tätigkeit; und bald darauf stellt sich auch noch heraus, daß es ökonomisch und sogar gesundheitlich vernünftiger ist, von der Fürsorge zu leben.

Denn wenn die junge Mutter Arbeit fände, zum gesetzlichen Mindestlohn von 4,25 Dollar pro Stunde, dann müßte sie davon nicht nur die teure Fahrt zum Arbeitsplatz bezahlen und eine unerschwingliche Kindertagesstätte dazu, sondern auch sogleich auf jegliches Für-

sorgegeld und auf die damit verbundene ärztliche Betreuung verzichten. „Das ist natürlich eine Absurdität“, schimpft William Griffith, Ethik-Professor an der George Washington University der US-Hauptstadt. „Wenn es ein sicheres Mittel gibt, um aus den jungen Frauen dauerhafte Fürsorge-Abhängige zu machen, dann ist es dies.“

Von zehn minderjährigen Müttern in Louisiana bekommt im Durchschnitt nur eine etwas Unterstützung vom Kindesvater. Bei den anderen neun ist der Erzeuger entweder unbekannt oder ein „dead-beat dad“, ein Drückeberger-Vati. Proportional gesehen, ist dieser soziale Typus vor allem eine Spezialität der schwarzen Amerikaner, in geringem Maße auch der hispanischen, wohingegen er bei den Weißen wesentlich seltener vorkommt.

Das darf nicht über die (in Amerika allzugen übersehene) Tatsache hinwegtäuschen, daß von der Gesamtheit der Sozialhilfeempfänger die Mehrheit nach wie vor aus Weißen besteht; aber da sind natürlich auch die Alten und Gebrechlichen dabei. Beim soziologisch relevantesten Posten im Sozialetat, der Verteilung von Kindergeld an ledige oder verlassene Mütter, machen die zwei wichtigsten „Minderheiten“



S. SHERBELL / SABA

Altenspeisung in Los Angeles: Düstere Zukunft für Millionen

(Schwarze und Hispanics) 56 Prozent aller Empfänger aus, obwohl ihr gemeinsamer Anteil an der Gesamtbevölkerung bei weniger als 25 Prozent liegt.

Da eine junge Mutter sich nur für den Empfang von Kindergeld qualifiziert, solange die Sozialarbeiter bei ihr nicht den Vater des Kindes oder einen sonstigen Boyfriend entdecken, tauchen die Männer lieber irgendwo unter – und kommen erst dann wieder, wenn der Scheck mit dem Kindergeld eintrifft.

„Da hat die Fürsorgepraxis eine Menge dazu beigetragen, bei den sozialen Randgruppen ein Familienleben erst gar nicht entstehen zu lassen – oder es schon am Beginn zu ruinieren“, meint der kritische Professor Griffith.

Das Unbehagen am unterentwickelten Sozialstaat wurde in der Ära Reagan/Bush von den Republikanern schon so angeheizt, daß selbst dem Präsidentschaftskandidaten der Demokraten im Wahljahr 1992 nichts anderes übrig-

blieb, als sich als Wohlfahrtsgegner zu profilieren: Bill Clinton versprach als Herausforderer von George Bush glattweg, die „Sozialfürsorge, wie wir sie kennen“, zu beenden.

Das hat es in Amerika seit der Großen Depression nicht mehr gegeben. Franklin Roosevelt führte damals – lange nach den Europäern – den Sozialstaat überhaupt erst ein, und Truman, Kennedy, Johnson und Carter (dazwischen aber auch die Republikaner Eisenhower, Nixon und Ford) waren sozialpolitisch eher großzügig. Erst als der wirtschaftliche Abschwung Amerikas den Republikaner Ronald Reagan am Beginn der achtziger Jahre als ideologischen Umstürzler ins Weiße Haus beförderte, wurde die Sozialfürsorge (und mit ihr die Unterklasse) zum Sündenbock erhoben. Noch zwölf Jahre später mußte Bill Clinton dem Überdruß an den Armen subtil Rechnung tragen, um die Wähler der politischen Mitte zu erreichen.

Nur, *diese* Klaviatur beherrschen die Republikaner besser. Und in Newt Gingrich – mit 52 kaum älter als Clinton, aber doppelt so temperamentvoll – haben sie einen parlamentarischen Führer bekommen, der sich nach dem Wahldebakel der Demokraten vom November

Südafrika

Hauch von Nürnberg

Zum erstenmal stehen hohe Militärs wegen Verbrechen während der Apartheid-Ära vor Gericht. Der Prozeß stürzt viele Weiße in Panik.

Die Stimme des Generals im Ruhestand zitterte vor Erregung: „Ich bin Christ und habe immer nach den Prinzipien der Bibel gelebt. Die Werte der Familie sind mir heilig.“ Magnus Malan, 65, Verteidigungsminister von 1980 bis 1991, mußte Anfang des Monats vor



Ex-Verteidigungsminister Malan
„Wir wollen keine Amnestie“

einem Gericht in Durban „die größte Erniedrigung“ seines Lebens erleiden.

Die Richter setzten den frommen Mann nur gegen eine Kautions von 10 000 Rand (4000 Mark) auf freien Fuß. Sie nahmen ihm seinen Paß ab und befahlen ihm, sich einmal pro Woche bei der Polizei zu melden. Vor dem Gebäude empfingen ihn schwarze Demonstranten mit dem Ruf „Mörder“.

Magnus Malan, einst einer der mächtigsten Männer des weißen Südafrika, ist

Hauptangeklagter in einem Prozeß, in dem sich vom 1. Dezember an elf hohe Offiziere wegen Mordes in 13 Fällen verantworten müssen. Den Militärs – unter ihnen fünf Generäle und ein Admiral – wird vorgeworfen, in den achtziger Jahren Todesschwadronen gegen politische Gegner aufgestellt zu haben.

Im damals noch von Südafrika besetzten Namibia unterhielt der militärische Geheimdienst eigene Lager, wo Hunderte Zulus der ANC-Konkurrenzpartei Inkatha in Mordtechniken und Sabotage ausgebildet wurden.

Ein solches Killer-Kommando war am 21. Januar 1987 um zwei Uhr nachts in das Haus des schwarzen Aktivisten Victor Ntuli im Township KwaMakutha bei Durban eingedrungen. Die verummumten Männer töteten 13 Familienmitglieder im Schlaf, darunter sieben Kinder zwischen drei und zehn. Ein zehnjähriger Junge, der sich in einem Kleiderschrank versteckte, überlebte das Massaker.

Solche Verbrechen gab es in Südafrika zu Hunderten. Doch zum erstenmal werden nicht die kleinen Schurken des Sicherheitsapparats vor Gericht gestellt, sondern die Drahtzieher des schmutzigen Kriegs. Das geplante Verfahren hat die südafrikanische Gesellschaft, die nach der Wende so mühsam zusammenwächst, wieder in zwei Lager gespalten.

Viele Schwarze, denen Präsident Nelson Mandelas Politik der ausgestreckten Hand zu weit geht, feiern Tim McNally, Generalstaatsanwalt von KwaZulu/Natal, der die Untersuchung gegen die hohen Militärs leitet. Das Beweismaterial – eidesstattliche Erklärungen und eine Fülle von geheimen Armeedokumenten – lasse keinen Aufschub zu, so McNally.

Jon Qwelane, populärer Kolumnist und Radio-Talkmaster, spürt schon einen „Hauch von Nürnberg“. Das neue Südafrika brauche einen Prozeß „wie damals in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg. Nur so können wir die Machenschaften des Apartheid-Regimes wirklich entlarven und die Schuldigen endlich bestrafen“.

Die meisten Weißen dagegen fürchten eine „Hexenjagd“ auf Angehörige der früheren Regierung, während die Missetaten der schwarzen Befreiungsbewegung ANC ihrer Meinung nach ungesühnt bleiben. Vizepräsident Frederik Willem de Klerk sieht gar die gemeinsame Regierung zwischen ANC und seiner Nationalen Partei in Ge-

letzten Jahres auf dem Washingtoner Kapitolshügel als eine Art Gegenpräsident etablieren konnte. Mit komfortablen Mehrheiten in beiden Kammern des Kongresses hat Gingrich sich daran gemacht, als Vorsitzender des Repräsentantenhauses dem Präsidenten das Regieren abzunehmen. Was Clinton zu beenden versprochen hatte, wird nun von den Parlamentariern abgeholt: Kahlschlag im Sozialstaat.

Erst einmal wird der 60 Jahre alte Rechtsanspruch bedürftiger Mütter auf Hilfe der US-Regierung aufgehoben. An dessen Stelle tritt der Auftrag an die 50 Bundesstaaten, sich um die Bedürftigen zu kümmern und selbst zu entscheiden, ob und in welchem Umfang – und für wie lange – ihre jeweiligen Sozialfälle Fürsorgegeld erhalten sollen. Washington schießt nur noch eine Pauschalsumme zu, die von den einzelnen Staatsregierungen nach deren Gutdünken zu verwenden ist. Fortan dürfen bedürftige Amerikaner höchstens fünf Jahre in ihrem Leben Sozialhilfe beziehen; für Härtefälle sind einige Ausnahmen zulässig.

Gingrich hat im Repräsentantenhaus, dem er vorsteht, noch schärfere Schnitte durchgesetzt. Für Frauen, die als Fürsorgeempfängerinnen schwanger werden, soll es kein zusätzliches Geld geben. Auch unverheiratete Teenager sollen für ihre Babys zumindest kein Bargeld erhalten. Legalen Einwanderern, die noch keine US-Staatsbürger sind, sollen bestimmte soziale Leistungen verweigert werden.

Der Kongreß hat Gingrichs Reformen durchgepaukt, ohne lang zu debattieren, ob die Entlastung des Staatshaushalts nicht doch zu gewaltigen sozialen Verwicklungen führen wird. Wo sollen die künftig mittellosen Millionen denn hin, wenn es kaum noch Obdachlosheime gibt, kaum noch trockenen Platz unter den städtischen Brücken, kaum noch Freistellen in den Waisenhäusern und auch immer weniger private Mildtätigkeit? Ein Reformkonzept, das keines ist, wurde auf dem Kapitolshügel in festlicher Stimmung verabschiedet. „Millionäre feiern das Zertrampeln der Armen“, hieß es darauf bei Bob Herbert, dem schwarzen Kolumnisten der *New York Times*.

Und Amerika reagiert nur langsam. Keine Streiks, kaum Demonstrationen, vorwiegend Wurstigkeit. Das Schicksal O.J. Simpsons hat unendlich mehr Aufmerksamkeit erregt als die Beschlüsse, die Millionen von Amerikanern die Zukunft verdüstern können.

Viele Westeuropäer in Washington sahen der parlamentarischen Abholzelei womöglich tiefer erschüttert zu als die betroffenen Amerikaner selbst. Bei ihnen zu Hause wäre das alles doch völlig unvorstellbar. Oder etwa nicht?